

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher Nr. 3538. ::
Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 20

Cöln, den 26. September 1914.

II. Jahrgang.

Eine Belastungsprobe.

Nachdem die deutschen Waffen auf dem Schlachtfelde bewiesen haben, daß bei diesem gigantischen Waffengange der Sieg sich ohne Zweifel an unsere Fahnen heften wird, ist bei den geschäftigen Engländern Holland in Not. Was ihre Söldnerheere nicht fertig bringen können, soll jetzt durch handelspolitische Maßnahmen erreicht werden. Durch die Abschneidung unserer Handelsbeziehungen mit dem Auslande soll der deutschen Volkswirtschaft die Lebensader unterbunden werden. Ohne Zweifel werden sie durch ihre starke Flotte in der Lage sein, uns ganz empfindlich zu schädigen. Wir sind auf die Einfuhr von Rohstoffen und auf die Ausfuhr unserer Fertigfabrikate zum guten Teil angewiesen. Die Krämer an der Themse haben nun ihre Kalkulation wie folgt aufgestellt. Gelingt es uns, den deutschen Handel zu unterdrücken, müssen die Deutschen einen großen Teil der Fabriken stilllegen. Die Angestellten und Arbeiter werden brot- und existenzlos. Die sich hieraus ergebende Not wird Deutschland, trotz seiner Waffenerfolge zwingen, einen baldigen Frieden um jeden Preis abzuschließen.

Diese Rechnung unserer „lieben Vettern“ hat aber ein gewaltiges Loch, wenn Deutschland nur selbst will. Unsere Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten hat zu einem großen Aufschwung der Landwirtschaft geführt. Ihre Leistungsfähigkeit gestattet es, die gesamten Bedürfnisse der Ernährung des Volkes im eigenen Lande zu erzeugen. Verhungern braucht keiner und wenn sich der Krieg selbst jahrelang hinziehen würde. Insbesondere dann nicht, wenn ein großer Teil des Heeres sich in Feindesland befindet, welches ein gut Teil zur Ernährung des Heeres beitragen muß. Ein Mangel an Kriegsbedarf, wie Waffen, Munition usw. kann auch nicht eintreten, weil wir genügend Rohstoffe und Fabriken zur ihrer Verarbeitung besitzen.

Und trotzdem würde die Rechnung der Engländer stimmen, wenn diejenigen, die genug haben, sich weigern würden, die Arbeitslosen mit zu unterhalten, von ihrem Ueberfluß abzugeben denen, die nichts besitzen. Es ist eine Lebensfrage der Nation in der jetzigen Zeit, wie das Brot und Fleisch, das in unserem Lande wächst, auch denjenigen in die Hand gegeben werden kann, die es sich nicht erarbeiten können. Die Besitzenden haben jetzt die moralische Probe zu bestehen, ob sie die eigenen persönlichen Interessen über das Wohl der Nation zu stellen gewillt sind, oder nicht. Ein Teil hat diese Probe glänzend bestanden. Tausende Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, den Angehörigen ihrer im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter, durch volle, oder teilweise Weiterzahlung des Lohnes den notdürftigen

Lebensunterhalt zu geben. Vermieter erlassen den Kriegern oder Arbeitslosen die Zahlung der Miete ganz oder teilweise. Tausende und Millionen Mark werden für die Kriegskassen gespendet. Nicht zuletzt sind es auch die in Arbeit stehenden organisierten Arbeiter, die von ihrem geringen Einkommen noch Beiträge und Extrabeiträge zahlen, um die Not der Arbeitslosen und Bedürftigen zu steuern. Alle diese haben die moralische Probe aufs glänzende bestanden.

Aber ebenso viel, wenn nicht noch mehr, gibt es bei denen, deren so oft gerühmte Vaterlandsliebe dort aufhört, wo der Geldbeutel anfängt. Geradezu beschämend sind bis heute die Kriegssammlungen mancherorts ausgefallen. In vielen Städten, wo Tausende von Millionären sitzen, beträgt das Ergebnis der Sammlungen noch nicht 10 Prozent des Vermögens eines einzigen Kapitalisten. Leute mit einem Einkommen von 10 bis 100 Tausend Mark prangen mit einem Betrag von ganzen 50 Mk., sage und schreibe fünfzig Mark, in der Liste. Leider gehören hierzu auch ein Teil der staatlichen und städtischen Beamten. In einer rheinischen Großstadt jammert ein Lehrer darüber, daß Bewegungen im Gange sind, sie zu veranlassen, ganze 2 Prozent ihres Gehalts zu opfern. Zur Ehre ihres Standes wollen wir annehmen, daß es nur ein Teil ist, bei denen die Vaterlandsliebe noch nicht auf 2 Prozent eingeschätzt wird. Arme Jugend, die von solchen Leuten sich zur Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit erziehen lassen muß. Dem anders denkenden Teil erwächst aber aus einem derartigen Verhalten die unabwiesbare Pflicht, sich hiergegen zu verwahren, damit nicht der ganze Stand hierunter zu leiden hat. Geschieht dieses nicht, dann wird sich die Arbeiterschaft bei späterer passender Gelegenheit dieser Vorgänge zu erinnern wissen.

Auf die nämliche Stufe ist auch zu stellen das Verhalten jener Elemente, die glauben, die sich jetzt bietende Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen zu dürfen, um noch einen besonderen Profit aus der Not des Volkes herauszuschinden. All die Lebensmittelwucher verdienen wahrlich nicht den Schutz, den ihnen bisher die Nation, das Vaterland gewährt hat und für das jetzt tausende nicht nur ihr Hab und Gut, sondern auch Leben und Gesundheit opfern.

Eines der wichtigen Lebenselemente der Nation, ist im gegenwärtigen Augenblicke auch die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens. Nunmehr haben die Leiter der Produktion, jene Direktoren der großen Werke und Banken, die Leiter der Syndikate und sonstiger wirtschaftlicher Vereinigungen Gelegenheit durch eine geschickt geleitete Politik der Preise und Anpassung der Zahlungsbedingungen an die Bedürfnisse der jetzigen schweren Zeit, sich Verdienste

für die Nation zu erwerben. Die beste Hilfe die gewährt werden kann, ist immer noch die Schaffung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Das große Getriebe der deutschen Volkswirtschaft, trotz der schwierigen Umstände, in flotten Gang zu halten, ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Nach verschiedenen Anzeichen zu urteilen, ist aber auch ein Teil dieser Faktoren nicht gewillt, das Gebot der Stunde zu beachten. Große Vereinigungen, die wohl hierzu in der Lage wären, haben nicht nur keine Erleichterungen eintreten lassen, sondern sogar, durch Erschwerung der Zahlungsbedingungen, höhere Preise usw. das Erwerbsleben noch mehr ins Stocken gebracht. Versuche der Regierung, im Guten diese Herren zur Rücksichtnahme zu bewegen, sind zum Teil gescheitert. Höhnisch wurde sogar der Regierung, die in der Lage ist auf Grund der am 4. August geschaffenen Notgesetze einzugreifen, gesagt, daß Zwangsmaßnahmen mit weiteren Arbeiterentlassungen beantwortet werden könnten.

Alle diese Leute haben die moralische Belastungsprobe nicht bestanden und nunmehr ist die Zeit gekommen, wo der Staat, die Nation, nicht nur die schützende Hand zurückzieht, sondern sie zur Verantwortung zieht. Mit fester Hand muß hier zugegriffen werden und wir dürfen wohl das Vertrauen zu unserer Regierung haben, daß hier die Schuldigen nicht geschont werden.

Lassen wir uns durch diese unerfreulichen Vorkommnisse nicht abhalten, unsere Pflichten zu erfüllen. Tun wir was in unseren schwachen Kräften steht. Mit desto größerem Rechte können wir dann nach dem Kriege unsere Rechnung der Nation präsentieren. In dem Bewußtsein, die uns auferlegte Probe glänzend bestanden zu haben, gestützt auf eine starke Organisation, wird es uns dann auch gelingen, einen größeren Anteil an den wirtschaftlichen und geistigen Gütern zu erringen.

Weibliche Angestellte der Straßenbahn.

Eine notwendige Folge der bisher von den Straßenbahndirektionen verfolgten Taktik, nur junge gediente Leute einzustellen, war, daß bei der Mobilmachung ein verhältnismäßig sehr großer Teil der Angestellten zur Fahne einberufen wurde. Bei einigen Bahnen wurden bis zu 80 Prozent der Angestellten eingezogen. Manche Verwaltungen kamen dadurch in der ersten Zeit in eine sehr heikle Lage. Nicht nur die Beschaffung neuer Arbeitskräfte machte Schwierigkeiten, sondern auch die Unterstützung der Angehörigen der im Felde stehenden ehemaligen Angestellten. Sogar auch manche Verwaltung sich an dieser moralischen Verpflichtung herumgedrückt hätte, die öffentliche Meinung, auf die nun einmal ein öffentliches Verkehrsinstitut zum Teil angewiesen ist, zwang sie hierzu. Bei den städtischen Bahnen lag die Sache insoweit einfacher, als sie letzten Endes eine Minderung des Uberschusses, oder auch eine Erhöhung des Zuschusses mit der patriotischen Pflicht begründen können und diese Gründe auch von den Gemeindevertretungen wohl überall als berechtigt anerkannt werden dürfen.

Schwieriger lag die Sache bei den Privatgesellschaften. Das hier bestimmende Privatkapital ist rücksichtsloser. Man berücksichtigt hier die Ausführungen in dem Artikel „Eine Belastungsprobe“ an anderer Stelle dieser Nummer. Die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates, denen die Entscheidung zuerst in die Hand gegeben wurde, hatten die gute Ausrede, um ihr mahnendes Gewissen zu beschwichtigen: Wir dürfen doch über die Gelder anderer Leute, der Aktionäre, auch nicht für einen vaterländischen Zweck, so ohne weiteres freigebig verfügen.

Verschiedene Verwaltungen, wie die der „Großen Berliner“ der Hannoverschen Straßenbahn usw. haben nun einen Mittelweg gefunden. Um die Kasse der Gesellschaft nicht allzu empfindlich in Anspruch zu nehmen und doch die Angehörigen der eingerückten Angestellten zu unterstützen, sollten die Frauen der Straßenbahner als Schaffner beschäftigt werden. Diese Maßnahme, die in letzter Linie nur ein Ausweg darstellt, wurde nun vielfach als eine große soziale Tat in alle Welt hinausposaunt. In illustrierten Blättern konnte man Frauen als Schaffner abgebildet sehen. Die Hannoversche Bahn hat sogar ein Gruppenbild herstellen lassen, wo der Herr Direktor, nebst sonstigen Beamten, inmitten seiner weiblichen Schaffner sich hat aufnehmen lassen. Wir meinen nur die, auch während dieser ersten Zeit nicht ausgestorbene, Sensationslust kann derartige Bilder vervielfältigen und mit der Unterschrift „Eine besondere soziale Tat“ herausgeben. Gaben diese Leute wohl daran gedacht, wieviel Not und Elend, Jammer und Kümernisse dieses Bild darstellt. Leider ist das Auge der Meisten nicht so geschult für die Beurteilung der sozialen Verhältnisse, um dieses aus den Augen der Schaffnerinnen herauslesen zu können. Mit Recht kann gesagt werden, daß der Geldmuth dieser Frauen sich würdig neben dem unserer Krieger auf dem Felde stellen darf. Neben der Sorge um ihren Mann im Felde, jeden Augenblick gegenwärtig eine Hiobspost über ihn zu erhalten, tritt die Sorge für ihre Kinder. Kinderkrippen und Kinderhorte sind gut, aber kein Ersatz fürs Elternhaus. Die Haushaltungsjorgen bleiben immer die gleichen. Und zu diesen Aufgaben noch eine weitere hinzulegen, die Verrichtung des schweren Dienstes, scheint für die schwachen Schultern einer Frau nun doch etwas zu viel zu sein. Nur einige wenige werden dem für eine längere Zeit gewachsen sein. Die Berliner Große mußte daher auch den größten Teil wieder entlassen und beschäftigt die übrigen nur fünf Stunden pro Tag. Damit dürfte die Leistungsfähigkeit, auch der Kräftigsten erschöpft sein. Die bisher gemachten Erfahrungen haben alle schöne Theorien über den Haufen geworfen. Die Frau eignet sich zum schweren Fahrdienst nicht. Wir glauben daher die Forderung aufstellen zu dürfen, sämtliche Frauen sofort aus dem Fahrdienst zu entfernen. Hierzu zwingt uns zunächst der Raubbau der hier an der weiblichen Kraft geübt wird und die wir auf anderen Gebieten so notwendig haben müssen. Ist es nicht die Dinge auf den Kopf gestellt, die schwache weibliche Arbeitskraft zu einem derartigen schweren Dienste heranzuziehen, während tausende und abermals tausende männliche geeignete Arbeitskräfte infolge Arbeitslosigkeit heute brach liegen?

Eine Schädigung der bisher beschäftigten Frauen braucht deshalb nicht einzutreten. Die beiden hauptsächlich noch in Betracht kommenden Bahnen, die Große Berliner, wie auch die Straßenbahn in Hannover sind finanziell so gestellt, daß sie wohl in der Lage sind, den Angehörigen ihrer im Felde stehenden Angestellten einen angemessenen Zuschuß zu den Unterstützungen des Reiches und der Gemeinde zu zahlen. Mögen die Herren Aktionäre sich in diesem Kriegsjahr, wo dem Volke ganz gewaltige Opfer auferlegt werden, einmal mit der Hälfte der früheren Dividenden zufrieden geben. Sie sind wohl hierzu in der Lage, wenn nur der gute Wille vorhanden ist.

Die Arbeitszeit- und Lohnkürzung für die städtischen Arbeiter in Nürnberg.

Zu den Städten, die am meisten unter der Arbeitslosigkeit, infolge des Krieges, zu leiden haben gehört ohne

Zweifel auch die größte Industriestadt Bayern, Nürnberg. Der größte Teil der dortigen Industrie ist auf den Export angewiesen, der nun fast ganz zum Stillstand gekommen ist. Um dieser Not entgegenzutreten, hat man zu einem Mittel gegriffen, welches von den davon Betroffenen als eine Eisenbarke empfunden werden muß. In einer Versammlung der städtischen Arbeiter wurde nämlich beschlossen, um Arbeitsgelegenheit für viele zu beschaffen, die Arbeitszeit auf 36 Stunden pro Woche zu beschränken, und sich mit einem Lohn wie folgt zu begnügen: Mindestlohn für männliche Arbeiter 15 Mk., für weibliche 7.50 Mk. Für Familienväter mit einem Kinde soll derselbe 16, bei 2 und 3 Kinder 17, bei 4 und 5 Kinder 18 Mk. und bei 6 und mehr Kinder 19 Mk. pro Woche betragen.

In der Sitzung des Stadtmagistrats am 1. September wurde dem zugestimmt. Auch die Sozialdemokraten stimmten dafür. Es ist, wie uns mitgeteilt wird, ein Irrtum, wenn berichtet wird, daß in der betreffenden Versammlung der städtischen Arbeiter der Beschluß einstimmig gefaßt worden sei. Es habe an der Möglichkeit gefehlt eine offene Aussprache zu führen, zumal der Herr Oberbürgermeister selbst an der Versammlung teilgenommen habe.

Ohne sich der Gefahr auszusetzen, mangelnder Opferwilligkeit geziehen zu werden, darf dieses festgestellt werden. Auch die Opferwilligkeit hat ihre Grenzen. Rund 50 Prozent von einem Einkommen, daß in der Regel nur kaum ausreicht um anständig leben zu können, als Opfer zu verlangen, geht zu weit. Aber auch dieses Opfer würden unsere Kollegen bringen, wenn es notwendig wäre. So lange aber ein übergroßer Teil der Bürger der Stadt Nürnberg noch ihr altes Einkommen besitzen, geht diese Forderung zu weit. Mit Ausnahme des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Dr. Weiß, die ebenfalls, was anerkannt werden muß, auf 50 Prozent ihres Gehaltes verzichten haben, beziehen die übrigen städtischen Beamten, Angestellten und Lehrer ihr volles Einkommen weiter. Die Angestellten der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften haben 20 bis 30 Prozent ihres Gehaltes, als das größte Opfer betrachtet, welches sie bringen können. Bevor zu diesem Mittel gegriffen wurde, die eine beschränkte Anzahl von Arbeiter verhältnismäßig sehr große Opfer aufgelegt, hätte versucht werden müssen, auf anderem Wege Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Auch die kapitalkräftigen freien Gewerkschaften, zu deren Entlastung doch der Beschluß tatsächlich hinausläuft, müßte zuerst den Beweis erbracht haben, daß sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Nicht nur unsere Mitglieder, sondern auch die Mitglieder des sozialdemokratischen Gemeindegewerksverbandes in Nürnberg, sind von der Ansicht nicht abzubringen, daß sich die sozialdemokratischen Befürworter dieses Beschlusses nur deshalb so ins Zeug gelegt haben, um eine Entlastung ihrer Rassen herbeizuführen.

Die städtischen Arbeiter von Nürnberg sind bereit Opfer zu bringen. Aber bei der Zuweisung muß ihre Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden. Eine Ueberspannung, wie sie hier vorgenommen worden ist, muß letzten Endes zum Teil das Gegenteil erzeugen, was mit der Maßnahme bezweckt werden sollte. Hauptsächlich wird die Stadtverwaltung dieses auch einsehen und in kürzester Zeit eine Aenderung herbeiführen. Die Gerechtigkeit verlangt des weiteren festzustellen, daß die Gemeindegewerksarbeiter eben in Rücksicht auf das angebliche dauernde stabile Arbeitsverhältnis sich, fast ohne Ausnahme, mit einem geringeren, als den ortsüblichen tariflichen Lohn der Privatarbeiter begnügt haben und der höhere Lohn der letzteren stets mit dem größeren Risiko in bezug stete Beschäftigung begründet wurde.

Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, wollen wir noch feststellen, daß weder unser Ortsgruppenvorstand, noch unsere Hauptgeschäftsstelle von dem Vorhaben vorher in Kenntnis gesetzt worden sind und sich gegebenenfalls gegen eine derartige starke Belastung gemehrt hätte.

Aus den Ortsgruppen.

Cöln. (Straßenbahner.) Durch Anschlag in den einzelnen Depots war bekannt gemacht, daß in Zukunft sämtliche sonst gezahlten Zuschläge für die Dauer des Krieges in Fortfall kommen sollten. In Betracht kamen hier die Zuschläge für die Schaffner die Fahrer- oder Hilfsaufseherdienst verrichten, für Abrechner, Rangierer usw. Für verschiedene Angestellte betragen diese Zuschläge bis zu 50 Mark pro Monat. Lebhafteste Beschwerden wurden dieserhalb bei dem Personal laut, welches bereits schon auf die Zuschläge für Ueberstunden und Dienst an freien Tagen verzichtet hatte. Der Verband nahm sich dieser Beschwerden an. Wie nunmehr durch Anschlag bekannt gemacht wurde, ist diese Verfügung zurückgenommen. Mit Ausnahme der Zuschläge für Ueberstunden und Dienstleistung an Ruhetagen werden alle anderen Zuschläge wie bisher weiter gezahlt.

Lebhafteste Klagen werden in letzter Zeit auch wieder laut über den Herrn Oberaufseher Brölsch. Dieser Herr fällt nämlich in den letzten Wochen sehr oft in seinen alten Fehler, die Leute ohne Grund anzuschreien, welchen er sich in den letzten Jahren so ziemlich abgewöhnt hatte, wieder zurück. Hauptsächlich nimmt die Direktion Veranlassung Herrn Brölsch mitzuteilen, daß auch in jetziger Zeit, wo Arbeitskräfte genug sich anbieten, ein derartiges Auftreten in einem städtischen Betriebe nicht angebracht ist. Wir bringen diesen Wunsch an dieser Stelle deshalb zum Ausdruck, weil in der letzten Ausschusssitzung gebeten wurde, von persönlichen Beschwerden Abstand zu nehmen.

Bonn. (Straßenbahner.) Trotz der jetzigen schweren Zeit, wo doch ein Jeder versuchen sollte die Folgen des Krieges erträglich zu gestalten, kann man von der Bonner Straßenbahn nicht sagen, daß hier Rücksicht auf das Personal genommen würde. Ziemlich wahllos wird der Dienst eingeteilt und wenn man sich den Dienstplan ansieht, dann sollte man meinen, ein junger Schaffner, der gestern zur Straßenbahn gekommen wäre, hätte ihn gemacht. Wenn der Herr Stuch nicht in der Lage ist einen vernünftigen Dienstplan zu machen, ja warum zieht er dann nicht, wie es in Cöln geschieht, den Ausschuss zu dieser Arbeit mit heran.

Daß infolge des Ausrückens so vieler Angestellten in der ersten Zeit nach der Mobilmachung die Dienstzeit wesentlich verlängert wurde, nahmen die Angestellten im Interesse des ganzen Volkes schon hin. Bei der großen Zahl der Arbeitslosen, die zur Verfügung steht, müßte aber jetzt der Dienstplan sein normales Aussehen wieder bekommen haben. Zwölf und dreizehn Stunden Dienst pro Tag, wo Tausende froh wären sich ehrlich und redlich ihr Brod verdienen zu können, ist einem städtischen Betrieb nicht würdig.

Das Verhalten des Herrn Stuch erweckt aber den Anschein, als wenn ihm verkehrt wenig an einem geordneten Betriebe gelegen sei. So schickte er vor einiger Zeit einen Kollegen, der sich etwas spät zum Dienstantritt meldete, ein Umstand, der bei dem jetzigen ausgedehnten Dienste dem Besten vorkommen kann, einfach wieder nach Hause. Die Folge davon war, daß ein anderer Kollege nicht abgelöst wurde und zirka 12 Stunden ohne Pause auf dem Wagen stehen mußte. Es dürfte sich empfehlen, wenn die Direktion dem Herrn Stuch die Bau- und Betriebsvorschriften für Straßenbahnen, die auch jetzt während des Krieges ihre Gültigkeit behalten haben, in Erinnerung bringen würde. Oder will man warten bis die Aufsichtsbehörde eingreift? Wir bezweifeln nämlich ob der Herr Oberbürgermeister und die Stadtverordneten gewillt sind, die Verantwortung zu übernehmen für die geschwibigen Anordnungen des Herrn Stuch. Wenn es ihm nicht möglich ist, mit dem verfügbaren Personal den vor-gesehenen Fahrplan einzuhalten, nun dann muß er eben entweder die Einstellung von neuen Angestellten, oder aber den Ausfall von Touren bei der zuständigen Stelle beantragen.

Von jedem anständigen Menschen kann erwartet werden, daß er Rücksichten nimmt. Gern und fruchtig leisten unsere Kollegen jeden Wehrdienst, wenn er wirklich notwendig ist. Aber diese Freudigkeit sollte nicht von untergeordneten Organen mit kleinen Chikanen gelohnt werden. Dafür ist die jetzige Zeit nun doch zu ernst

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Opfer des Krieges. Der weithin bekannte und hochgeachtete Sozialpolitiker, der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, Excellenz Freiherr von Berlepsch, verlor innerhalb zweier Tage seine beiden Söhne auf dem Felde der Ehre. Der hochverdiente Arbeiterfreund ist unseres Mitgeföhls sicher.

Versorgt die Krieger mit Tabak und Zigarren. Ohne Zweifel wird während des Feldzuges unserer braven Krieger durch Zuwendung von Liebesgaben gedacht. Es dürfte dabei nicht unangebracht sein, besonders auf die Notwendigkeit der Nachsendung von Tabak und Zigarren hinzuweisen. Es ist begreiflich, daß die Krieger ein großes Bedürfnis nach Tabakgenuß haben. In den tagelangen Märschen, Kämpfen und Strapazen ist eine Beruhigung der bis aufs äußerste angestregten Nerven nicht nur eine Wohltat, sondern geradezu ein Bedürfnis zur Aufrechterhaltung des gesundheitlichen Gleichgewichts. Beim Einkauf der Tabakfabrikate achte man aber darauf, daß nicht alte Ladenhüter aufgedrängt werden, sondern man wende sich an bekannte, vertrauenswürdige Lieferanten. In erster Linie werden für die Nachsendung ja Rauchtobake und Zigarren in Betracht kommen. Wer Zigarren sendet, unterstützt auch die mehr als 200 000 Tabakarbeiter, die nach dem Kriegsausbruch zum größten Teil arbeitslos geworden sind. Da die Zigarren im Gegensatz zu den Zigaretten mit der Hand hergestellt werden, können in der Zigarrenindustrie auch viel mehr Arbeiter beschäftigt werden. Will man aber Zigaretten senden, so meide man die Fabrikate des Tabaktrustes, dessen Sitz bekanntlich in London ist. Wir haben heute wahrlich keine Veranlassung, unser deutsches Geld den englischen Kapitalisten in die Hände zu spielen, wo England in so schöner Weise die Kriegsschuld auf sich geladen hat und außerdem im eigenen Lande die Beteiligung an Geschäften, an denen Deutsche mit tätig sind, unter Strafe stellt. Die Hauptmarken der dem Trust angehörigen Firmen sind: Ruck, Unsere Marine, Jasmah-Dubec, m. Blatt, Joso, Jedo, Poi, Lucca, Elmas, Vera, Juno, Ehen, Revue, Spirit, Matrapas, Handicap, Attikab, My Darling, Verona, Sleipner, Mercedes, W.C., Tacos, Adler Turf, Prinz Heinrich, Dohen.

Arbeiterbewegung.

Das Fiasko der roten Internationale.

Die rote Internationale, die bisher sich stets als den einzigen Retter des Friedens aufzuspielen beliebte, ist bei dem jetzigen Kriege auseinander gefallen. Die belgischen und französischen Sozialistenführer traten, ohne mit der Wimper zu zucken, in die Regierung ihrer Länder ein. Nicht das geringste Verständnis zeigen sie für die Nöten ihrer deutschen Gesinnungsgenossen, die von dem russischen Knutenregiment ebenso bedroht werden, wie die übrigen Einwohner Deutschlands. Der Abgeordnete Kolb schreibt im Karlsruher „Volkshfreund“: „Wie stehen die französischen und die belgischen Sozialisten da, die trotz der Internationale, trotz ihrer Generalratspläne gegen den Krieg, mit Begeisterung die Mittel bewilligen, um den Zarismus mit seinem Verhörungswerk an unserer Kultur zu helfen.“ Wir wüßten kein Bild, welches den früheren sozialistischen Reden mehr Hohn spräche, wie das jetzt uns vorstehende. Französische, Englische und Belgische Sozialistenführer Arm in Arm mit den russischen Großfürsten. Welcher Abgrund tut sich auf zwischen den Reden über die Kulturarbeit der roten Internationale und der Tatsache, daß die welsche Regierung mit ihr auch die beiden sozialistischen Mitglieder, den deutschen Sozialisten, soweit sie unter der Fahne stehen, Halb wilde, wie Turkos, Zuaven und Senagesen im Kampf gegenüber stellt. Ja sogar zum Volkskrieg, zum verbrecherischen

Franckieurkampfe aufruft. Um das Maß voll zu machen, duldet auch der ehemalige Sozialistenführer, jetziger französischer Kriegsminister Millerand die Verwendung der völkerrechtswidrigen Dum-Dum-Geschosse. Mitglieder der roten Internationale durchziehen gegenwärtig die neutralen Länder, um auch diese gegen Deutschland, den wahren Hort des Friedens, aufzuheben. Ueber den Kopf der deutschen Sozialdemokratie hinweg, ohne, ja gegen ihren Willen erläßt das Exekutivkomitee des internationalen sozialistischen Büros einen Aufruf „An das deutsche Volk“, in dem die wahren Ursachen des Krieges so ungefähr auf den Kopf gestellt werden. Angesichts dieser Tatsachen gewinnt die Auslassung der sozialdemokratischen Presse, „daß dem Abgeordneten Dr. Frank, bei dem Zusammenbruch des Werkes, an dem er mit aller Hingebung gearbeitet hatte, der Tod auf dem Felde der Ehre eine nicht mehr unwillkommene Lösung des furchtbaren Konflikts erschienen sei“, sehr an Wahrscheinlichkeit.

Verbandsnachrichten.

Vom 2. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen Graubenz, Bochum, Bitttriching, Mainz u. Freiburg. Kollegen zahlt pünktlich euere Beiträge weiter. Große Anforderungen werden gegenwärtig an den Verband gestellt.

Es ist für die Kollegen, die nicht zu den Fahnen einberufen sind, und noch ihren Verdienst haben, einfach eine Ehrenpflicht, die Beiträge weiter zu bezahlen, damit der Verband auf jeden Fall in der Lage ist, allen seinen Verpflichtungen gegenüber allen Mitgliedern und ihren Familien nachzukommen. Wer sich jetzt infolge der vorübergehenden Unordnung, die in einzelnen Ortsgruppen eingerissen ist, vor dem Beitragszahlen drückt, übt Verrat an seinen Kollegen, übt auch Verrat an deren Familien, übt Verrat an seiner Organisation. Jetzt wird es sich zeigen, inwieweit unsere Mitglieder wirkliche Kollegialität und wirkliche Solidarität — einer für alle und alle für einen — im Leibe haben. Jedes Mitglied komme seinen Verpflichtungen nach und erleichtere den Vertrauensmännern die Arbeit.

Der Zentralvorstand.

Kollegen! Denkt an den Kriegsfond. Nur die eigene Not entbindet von dieser Verpflichtung.

An die Mitglieder der Ortsgruppe München.

Daß Verbandsbüro ist täglich geöffnet von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Außerdem Dienstags und Freitags abends von 6 bis 8 Uhr.

Neben der Erledigung der Verbandsangelegenheiten wird auch den Angehörigen der im Felde stehenden Mitglieder, kostenlos Rat und Auskunft erteilt, über alle Fragen des staatlichen und gemeindlichen Unterstützungsweesen, Hinterbliebenenfürsorge und Arbeitsvermittlung.



Gedenktafel.

Es starb den Heldentod für's Vaterland unser Kollege:

Carl Maß, Mühlheim a. Rhein.

Ehre seinem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann; Verlag: Peter Dedenbach, beide in Köln, Venloerwall 9. Druck: Köln-Chrenfelder Handelsbruderei, Marastr. 9.